

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

220 (21.9.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 95 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 95 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 88 M monatlich. Einzelnummern 4.-M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleiste 10.-M, auswärts 12.-M. Die Reklamezeile 40.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmenschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Sozialdemokratischer Parteitag

Karlsruhe, 20. September.
Dritter Verhandlungstag.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete Genosse Wels die Verhandlungen. Darauf wird die Diskussion über den Bericht der Reichstagsfraktion fortgesetzt.

Genosse Oberhäuser: Wir müssen den deutschen Sozialdemokraten, die heute in Politik überflüssig leben, für die opferwillige Tätigkeit im Interesse der deutschen Sozialdemokratie danken. (Wohlgel.) Wir stehen jetzt in einem Schlachtfeld, der im Zeichen der Unterdrückung der öffentlichen Meinung geführt wird. Wir lehnen es ab, daß Oberhäuser zum ausschließlichen Mittelpunkt sozialistischer Bestrebungen gemacht wird.

Hilfj. Radeberg: Die Befolgung der Angelegenheiten der Landwirtschaft soll nicht nach den Grundfragen der Reichstagsfraktion herausgemacht werden. Durch die Zivilkommissionen müssen unnötige Konflikte vermieden werden.

Maria B. Schm. S. u. A. (Berlin): Die meisten Kreise, die heute eine Ausbesserungspolitik betreiben, haben gar kein Interesse an dem Bestande der Republik, sondern ein Interesse an ihrer Vernichtung. Wenn wir die ganze Ernährungslage der Landwirtschaft betrachten, dann sehen wir, wie ernst die Lage für uns alle, für den Staat und besonders für uns Sozialdemokraten ist. Wenn die breiten Massen zur Verzweiflung getrieben werden, dann das nur den reaktionären Massen nützen. Deshalb haben wir ein Interesse daran, daß das Volk nicht zur Verzweiflung getrieben wird. Es ist möglich, daß die ganzen Massen des verschuldeten Volkes auf die Schultern des arbeitenden Volkes gelegt werden. Die Getreidemasse wurde bisher fabrikt, es ist furchtbar wenig, was von dem ersten Drittel eingegangen ist. Wir Frauen erwarten, daß durch die bevorstehende Einigung der Druck der Massen auf unsere Gegner läßt wird. (Beif.)

Dr. Strecker, Darmstadt: Mit unseren inneren Nöten werden wir nicht fertig, solange der außenpolitische Druck auf uns lastet. Das Ausland kennt sehr wenig von den wahren Umständen des deutschen Volkes, die Meinung des Auslandes wird durch die Propaganda unserer Reaktionsäre bestimmt. Wir müssen alle Maßnahmen machen, daß jeder Wähler und jede Wählerin die schwere Verantwortung befreit, die sie auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu tragen haben.

Georg S. Schmidt, A. (Berlin): Die Landwirtschaft ist Schuld daran, daß das Umlagegesetz nicht so geschaffen wurde, wie es den landwirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der Stand des Dollars darf für die Landwirte nicht ausschlaggebend sein bei der Festlegung der Preise. Auf Drängen des Zentrum und der Demokraten wurden die Kleinbauern bei der Erfassung der Umlage ausgeschlossen. Wir müssen auf die gefühlsmäßige Einstellung der Bauern Rücksicht nehmen. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Industrie und Gewerbetreibende betreiben Wucher. Bei den letzten Wahlen haben die Stimmen für die Partei auf dem Lande oft prozentual mehr zugenommen als in den Städten. Wir müssen uns bemühen, die Verhältnisse auf dem Lande zu verstehen, dann werden wir auch die Kleinbauern und Landarbeiter auf unsere Seite bringen.

Hermann Wendel, Frankfurt a. M.: Die Einigung bedeutet gefühlsmäßig und in der Sache die Wägen Alles. Aber auch die Einigung ist nur ein tödendes Erd und eine klingende Schelle, wenn nicht der feste Wille dahinter steht, sie in politische Energie umzuwandeln. (Sehr richtig!) Ich habe die feste Hoffnung, daß die Einigung vorwärtsarbeiten wird. Die Sendboten einer großen vorwärtsarbeitenden Partei können aber nicht arbeiten, wie die Agenten einer Verführungsaktion, die die Leute nur von den Parteien ihrer Firma überzeugen wollen. Welche uns, wenn wir die Hochspannung der Seele anschalten wollen, von unserer Arbeit. — Die Reichstagsfrage ist die zentrale Frage, die Frage von Leben und Sterben. Das weiß in Deutschland jeder außer dem unglückseligen Herrn Geßler, daß die Wehrmacht der Republik leider eine Armee gegen die Republik ist. (Sehr richtig!) Seit dem Rapp-Ruß hat sich eine gewisse Umwälzung der Reichswehr vollzogen. Sie besteht darin, daß teilsweise aus der Reichswehr alle Elemente herausgedrängt wurden, die nur entfernt einer republikanischen Gesinnung verträglich waren. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben eine fast vollständig monarchistische Truppe. Die Reichswehr ist eine unaufhörliche sehr ernste innerpolitische und auch äußerliche Gefahr. Eine innerpolitische Gefahr, wenn der Staat sich nicht auf das letzte Machtmittel verlassen kann, schweben die Grundlagen des Staates in der Luft. Es kann eine Lage entstehen, wo der Staat an sein letztes Machtmittel appellieren müssen. Der Staat mit eiserner Heeresmacht sagen: dann wird die Reichswehr nicht versagen. Aber höher fast ist die außenpolitische Gefahr der Reichswehr. Es gibt Kreise in Deutschland, die von einem Revanchekrieg Tag und Nacht träumen. Diesen Elementen ist der Name geschwollen durch die letzten Erfolge der Türken in Kleinasien. Wenn von solchen Kreisen, deren Erbfeind die Republik ist, unterirdische Beziehungen zu den Reichswehrbehörden und Reichswehrorganisationen gesucht und gefunden werden, dann ist die Gefahr der Gefahr nicht zu verkennen, die daraus entsteht. Den Wehrkreisen ihr schlimmstes Handwerk außerordentlich erleichtert durch die Reorganisationsarbeiten in Deutschland. (Sehr wahr!) Der Reichswehrminister Geßler ist eine durchaus schwerwiegende Erscheinung. (Lebh. Zustimmung.) Höchstens mit der schwarzen Soldatenkappe in der Hand. (Beif.) Der Reichswehrminister Geßler muß mit einem Offizier befreit werden, der sich bisher als durchaus republikanisch erwiesen hat. Wenn sich einer Umwandlung der Reichswehr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, dann besser überhaupt keine Reichswehr als diese. (Stürm. Zustimmung.) Aber daß es möglich ist, eine republikanisch-zuverlässige Truppe zu schaffen, hat ja Deiterich bewiesen. Treffen wir unsere Vorbeurteilungen, ehe es zu spät ist. (Lebh. Beif.)

Schüßinger-München: Der Zusammenbruch und der Vertrag von Versailles haben uns vom Militarismus befreit. Wir haben eine neue Wehrmacht, die der Verteidigung der Republik dienen soll. Leider ist sie nicht zuverlässig genug; das liegt daran, daß man dem Führerproblem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wir müssen die wirklich republikanisch empfindenden Führer in der Reichswehr stützen. Das Reichswehrministerium muß wieder in die Hände der deutschen Arbeiterschaft. (Beif.)

Marxwald-Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand darf nicht vor den nächsten Parteitag treten, ohne die Besprechungen von Geßler erfüllt zu haben. Auch beim Steuerkommission sind wir tapfer zurückgewichen. Ohne Erfassung der Sachverhalte können wir mit neuen Steuern nicht mehr vor das Volk treten. Alle anderen direkten Steuern werden abgewälzt.

Alte-Berlin: Es hat in vielen Kreisen unserer Partei eine gewisse Verwirrung darüber gegeben, daß sich die Sachverhalte abfinden mußte. Wir müssen aber im Parlament auch Verbesserungen erheben, die nicht im ersten Ansturm durchgesehen werden können. (Sehr richtig!) und wir können nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen, wenn unsere Forderungen nicht sofort durchgeführt werden. (Sehr gut!) Als zum ersten Mal die Frage der Getreidepreise in der Fraktion zur Debatte stand, waren wir uns darüber schlüssig, daß wir an einer bestimmten Höhe der Umlage und an einem bestimmten Preise festhalten und, wenn wir nicht durchgingen, die Verantwortung für Not und Teuerung den hiergegenüberstehenden Parteien rechts von uns überlassen müssen. In diesem Augenblick kamen die Schiffe gegen Rathenau, es entstand eine neue Situation. Konnten wir da noch sagen: wir überlassen die Verantwortung den anderen? Es muß immer die Möglichkeit der Fragen gegeneinander abgemessen werden. (Sehr richtig!) Der Austritt aus der preussischen Regierung hat gerade bei denen keine Billigung gefunden, die vorher so eilig kritisiert haben. (Zustimmung.) Der Fehler liegt darin, daß wir in dem Augenblick, wo wir eine Forderung nicht durchsetzen können, diese Forderungen selbst verkleinern. (Sehr richtig!) Das ist taktisch unrichtig. Wir hätten an der Forderung der Erfassung der Sachverhalte fest, wir kommen damit wieder. Die Erfassung der Sachverhalte werden bei der Not dieses Winters vielleicht erst sein, wenn sie mit dem Opfer der Sachverhalte davonkommen und nicht ganz andere Opfer bringen müssen. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß es uns die bevorstehende Einigung ermöglicht, das Schwergewicht unserer Forderungen zu erhöhen. Wir haben einen Antrag unterbreitet, der den Zweck hat, die Regierung zu ermuntern, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu unternehmen, vorausgesetzt, daß uns darin eine unferne Rolle angemessene Stellung eingeräumt wird. (Sehr richtig!) Die Wahrung unserer Rechte bei den Grenzfestsetzungen, die einseitige Zusammenziehung wichtiger Institutionen des Völkerbundes, der auf reine Machtsprünge gezielte Geißel des Völkerbundes haben es ihm schwer gemacht, sich Freunde in den besiegten Ländern zu sichern. Wir wissen, daß der Völkerbund nach keiner Richtung hin vollkommen ist. Trotzdem müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es für unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse besser ist, wenn wir die schärfsten und politischen Verhältnisse besser ist, wenn wir die schärfsten gegenüber dem Völkerbund aufrechterhalten. Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, durch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund diejenigen Tendenzen auch in der Regierung zu unterstützen, die für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten. Geßler hat nun unsere Rechte in Oberschlesien mit Füßen getreten, geßler wird die Höhe von der Völkerbundskommission im Saargebiet mißbraucht, geßler sind die Mittel des Völkerbundes zum Schutz der nationalen Minderheiten gering, aber eine Änderung zur Besserung werden wir in der Zukunft am allerwenigsten dadurch erreichen, wenn wir dem Völkerbunde, der doch für die ganze übrige Welt etwas bedeutet, fern bleiben. Wer uns wohl will in der Welt, fordert uns auf, in den Völkerbund einzutreten. (Sehr richtig!) Wenn wir erst einmal gleichberechtigte Mitglieder des Völkerbundes sind, dann werden wir nicht nur die Interessen unseres Volkes in ihm wahrnehmen, sondern wir werden dem Bund zu einer erhöhten Unverletzlichkeit verhelfen. Unser Eintritt in den Völkerbund wird volles Verständnis in der ganzen Welt finden. (Lebhafte Beif.)

Koch-Darmstadt: Die Not des Volkes zwingt uns zu Eingriffen in das Wirtschaftleben, die von ungeheurer Bedeutung sind. Wichtig ist, daß die Fraktion bei der Arbeit im Reichstag von den breiten Massen drängen im Lande unterstützt wird. (Sehr richtig!)

Arthur Massenbauer-Kiel: Was für die Reichswehr gilt, gilt auch für die Reichsmarine. Sie besteht ausschließlich aus ehemaligen Ansehigen der Brigaden Ehrhardt und Löwenfeld. Die republikanischen Elemente wurden völlig aus der Reichsmarine entfernt. Das Urteil mancher Marineoffiziere selbst geht dahin: daß die Reichsmarine im gegenwärtigen Augenblick so überflüssig wie nur möglich ist. Sie und gewisse bürgerliche Kreise rechnen aber damit, daß diese Reichsmarine die Grundlage einer zukünftigen großen Seeherrschaft bildet. Diesen Vorstellungen müssen wir entgegenzutreten. Das Geld für die Marine wird besser für die Kriegsoffiziere verwendet.

Geier-Bonn: Das Vertrauen der großen Masse in die Partei muß dadurch gestärkt werden, daß man nicht Unburchführbares verlangt, auch nicht bezüglich der Teuerung. Wir können Auswäuche befechten, soweit die Teuerung aber in dem Bereich der Markt begründet ist, können wir nichts dagegen tun. Nur

den Wucher müssen wir bekämpfen. Der vernünftige Teil der Bauernschaft will Opfer bringen, verlangt das aber auch von der Industrie. Wir brauchen die Kleinbauern nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.

Adolf Braun: Das Problem der Sachverhalte hatten wir schon in der Nationalversammlung. In der Steuerfrage von Geßler, als es sich um das Reichssteuerproblem handelte, war der Gedanke vollständig enthalten, daß das Reich an allen großen industriellen und ähnlichen Unternehmungen teilzunehmen soll. Damals waren wir stärker als heute im Parlament, und es ist uns dennoch nicht gelungen, diese Forderung durchzusetzen. Auch ich bin der Meinung, daß die Erfassung der Sachverhalte eine Notwendigkeit für uns ist. Das Verständnis für die Agrarfrage ist in der Partei sehr erheblich gesunken. Wir sind uns auch bei der Partei sehr erheblich gesunken. Wir wissen, daß die Schwierigkeiten unserer Fragen sehr bedeuft. Wir wissen, daß die Erfassung unserer Bevölkerung mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Diese Schwierigkeiten werden von denen, die sich national nennen, in der rückwärtssten Weise ausgebeutet. Es ist selbstverständlich, daß die gleichen egoistischen Ideen in der Landwirtschaft wirken, wie in der Industrie. Aber ohne irgend welche Sympathien für die Herren der Schwerindustrie zu haben, glaube ich doch sagen zu dürfen, daß dort größeres Verständnis für die großen Fragen und nicht der kleinliche Egoismus wie in den Kreisen der Landwirtschaft vorhanden ist. Die Landarbeiter müssen die Verbesserung ihrer Lebenslage gegen die Agrarier und nicht mit den Agrariern durchsetzen. Es ist richtig, daß wir alles tun müssen, damit der Boden sehr viel trägt. Wir müssen aber auch alles tun, damit die Arbeiter die Erträge des Bodens kaufen können. Der Scheitern nach der freien Wirtschaft war einer der größten Fehler. In der Frage der Reichswehr haben wir alles Interesse, gegen die deutschnationalen Offiziere, die aus dem alten Heer übernommen wurden, mit aller Entschiedenheit aufzutreten. Aber der Kampf gegen die Reichswehr an sich ist das unpolitischste, was ich mir vorstellen kann. Wir müssen den Soldaten in der Reichswehr beweisen, daß wir ihre Freunde sind. (Sehr richtig!) Wir müssen der Reichswehr zeigen, daß die Demokratie ganz andere Zustände geschaffen hat, als sie im alten Heere bei der elenden Entlohnung und schlechten Unterhaltung waren. (Zustimmung.) Wir wollen die Stellung der Soldaten in der Reichswehr würdiger gestalten, sie sollen sich als Staatsbürger fühlen. Wir wollen ihnen, wenn sie eine republikanische Aemter darstellen, alles geben, was sie mit irgend einem Rechte fordern können. Die militärischen Organisationen, die wir haben, bestehen doch nur für den inneren Frieden. Anders steht es mit der Kriegsmarine, und die Notwendigkeit dieser Epoche erscheint sehr gering.

Hermann Müller-Berlin: Wenn man hier der Fraktion den Rücken stärken will, so sind wir damit einverstanden. Was die Behandlung der kulturellen Fragen im Reichstag betrifft, so gibt es keinen in der Fraktion, der davon bescheid hätte. Aber die Dinge liegen in Deutschland so, daß wir infolge der schwierigen finanziellen Lage auf kulturellem Gebiete nicht immer das durchsetzen konnten, was wir durchsetzen wollten, und daß uns die großen außenpolitischen Fragen und die Frage der Regierungsbildung auf die Nase kommen. Nach dem Wähler Parteitag haben wir bei den Verhandlungen, die wir über die Regierungsbildung führen, die Forderung der Erfassung der Sachverhalte in den Vordergrund gestellt. Demnach haben alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie diese Politik nicht mitmachen werden, wenn nicht die Reparationskassen erleichtert werden. Wir haben gar keine Vorkämpfer zu verteidigen. Wir haben uns immer für das Prinzip des Völkerbundes ausgesprochen, allerdings immer mit dem Gedanken, daß der Völkerbund ein wirklicher Völkerbund ist. Wir sind selbstverständlich auch bereit, in den Völkerbund einzutreten und für den Eintritt Deutschlands zu wirken. Wir wollen uns aber auch hier nicht darüber täuschen, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille Frankreichs entgegensteht. Nur, wenn wir die volle Gleichberechtigung im Völkerbund durchsetzen, sind wir in der Lage, im Völkerbund für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse zu wirken.

Wenn ich aber daran denke, mit welcher Leichtigkeit immer von uns verlangt wurde, unsere Stellung in der Regierung aufzugeben, so muß ich sagen, daß wir mit dieser Politik erleben würden, daß an Stelle des wirtschaftlichen Stinnes-Absommens ein politisches treten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wendel hat gewünscht, daß wir eine aktivere Politik machen und meine, daß diese aktivere Politik nach der Einigung kommen müsse. Aber auch wenn wir vereinigt sind, werden noch lange nicht alle Hindernisse überwunden sein. (Sehr richtig!) Dafür nur zwei Beispiele: Den Kampf um die Getreidemasse haben wir in langwierigen Verhandlungen Schuler an Schuler mit den Unabhängigen, den Kampf um die Schutzgesetz der Republik haben wir ebenfalls Schuler an Schuler mit den Unabhängigen geführt, und auch da haben wir gesehen, daß unsere Macht in gewissen tatsächlichen Verhältnissen ihre Grenzen hat. Es wurde gesagt, daß wir die Hemmnisse etwas zu früh lösen. Das ist nicht so, aber die Hemmnisse stellen sich von selbst ein. Und wir müssen dann sehen, bis zu welchem Grade wir sie überwinden können. Der Kampf um den Abbruch des Steuerkompromisses war eines der unangenehmsten Kämpfe, für die, die ihn mitgemacht haben. Ich glaube nicht, daß wir mehr hätten erreichen können, als wir erreicht haben. Welche anderen Wege hätten wir geben sollen? Wenn wir immer denen gefolgt wären, die rasche Kritik geübt haben, hätten wir sehr oft den Austritt aus der Regierung vorsehen müssen. Das würde dann zum Alibiinstrument für politische Schwereigkeiten werden. (Sehr richtig.) Aber damit wäre der Arbeiterklasse nicht gebient. (Sehr richtig.) Wir brauchen eine ge-

blende, die die Reichswehr nicht versagen. Aber höher fast ist die außenpolitische Gefahr der Reichswehr. Es gibt Kreise in Deutschland, die von einem Revanchekrieg Tag und Nacht träumen. Diesen Elementen ist der Name geschwollen durch die letzten Erfolge der Türken in Kleinasien. Wenn von solchen Kreisen, deren Erbfeind die Republik ist, unterirdische Beziehungen zu den Reichswehrbehörden und Reichswehrorganisationen gesucht und gefunden werden, dann ist die Gefahr der Gefahr nicht zu verkennen, die daraus entsteht. Den Wehrkreisen ihr schlimmstes Handwerk außerordentlich erleichtert durch die Reorganisationsarbeiten in Deutschland. (Sehr wahr!) Der Reichswehrminister Geßler ist eine durchaus schwerwiegende Erscheinung. (Lebh. Zustimmung.) Höchstens mit der schwarzen Soldatenkappe in der Hand. (Beif.) Der Reichswehrminister Geßler muß mit einem Offizier befreit werden, der sich bisher als durchaus republikanisch erwiesen hat. Wenn sich einer Umwandlung der Reichswehr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, dann besser überhaupt keine Reichswehr als diese. (Stürm. Zustimmung.) Aber daß es möglich ist, eine republikanisch-zuverlässige Truppe zu schaffen, hat ja Deiterich bewiesen. Treffen wir unsere Vorbeurteilungen, ehe es zu spät ist. (Lebh. Beif.)

den Rücken stärken will, so sind wir damit einverstanden. Was die Behandlung der kulturellen Fragen im Reichstag betrifft, so gibt es keinen in der Fraktion, der davon bescheid hätte. Aber die Dinge liegen in Deutschland so, daß wir infolge der schwierigen finanziellen Lage auf kulturellem Gebiete nicht immer das durchsetzen konnten, was wir durchsetzen wollten, und daß uns die großen außenpolitischen Fragen und die Frage der Regierungsbildung auf die Nase kommen. Nach dem Wähler Parteitag haben wir bei den Verhandlungen, die wir über die Regierungsbildung führen, die Forderung der Erfassung der Sachverhalte in den Vordergrund gestellt. Demnach haben alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie diese Politik nicht mitmachen werden, wenn nicht die Reparationskassen erleichtert werden. Wir haben gar keine Vorkämpfer zu verteidigen. Wir haben uns immer für das Prinzip des Völkerbundes ausgesprochen, allerdings immer mit dem Gedanken, daß der Völkerbund ein wirklicher Völkerbund ist. Wir sind selbstverständlich auch bereit, in den Völkerbund einzutreten und für den Eintritt Deutschlands zu wirken. Wir wollen uns aber auch hier nicht darüber täuschen, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille Frankreichs entgegensteht. Nur, wenn wir die volle Gleichberechtigung im Völkerbund durchsetzen, sind wir in der Lage, im Völkerbund für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse zu wirken.

Wenn ich aber daran denke, mit welcher Leichtigkeit immer von uns verlangt wurde, unsere Stellung in der Regierung aufzugeben, so muß ich sagen, daß wir mit dieser Politik erleben würden, daß an Stelle des wirtschaftlichen Stinnes-Absommens ein politisches treten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wendel hat gewünscht, daß wir eine aktivere Politik machen und meine, daß diese aktivere Politik nach der Einigung kommen müsse. Aber auch wenn wir vereinigt sind, werden noch lange nicht alle Hindernisse überwunden sein. (Sehr richtig!) Dafür nur zwei Beispiele: Den Kampf um die Getreidemasse haben wir in langwierigen Verhandlungen Schuler an Schuler mit den Unabhängigen, den Kampf um die Schutzgesetz der Republik haben wir ebenfalls Schuler an Schuler mit den Unabhängigen geführt, und auch da haben wir gesehen, daß unsere Macht in gewissen tatsächlichen Verhältnissen ihre Grenzen hat. Es wurde gesagt, daß wir die Hemmnisse etwas zu früh lösen. Das ist nicht so, aber die Hemmnisse stellen sich von selbst ein. Und wir müssen dann sehen, bis zu welchem Grade wir sie überwinden können. Der Kampf um den Abbruch des Steuerkompromisses war eines der unangenehmsten Kämpfe, für die, die ihn mitgemacht haben. Ich glaube nicht, daß wir mehr hätten erreichen können, als wir erreicht haben. Welche anderen Wege hätten wir geben sollen? Wenn wir immer denen gefolgt wären, die rasche Kritik geübt haben, hätten wir sehr oft den Austritt aus der Regierung vorsehen müssen. Das würde dann zum Alibiinstrument für politische Schwereigkeiten werden. (Sehr richtig.) Aber damit wäre der Arbeiterklasse nicht gebient. (Sehr richtig.) Wir brauchen eine ge-

blende, die die Reichswehr nicht versagen. Aber höher fast ist die außenpolitische Gefahr der Reichswehr. Es gibt Kreise in Deutschland, die von einem Revanchekrieg Tag und Nacht träumen. Diesen Elementen ist der Name geschwollen durch die letzten Erfolge der Türken in Kleinasien. Wenn von solchen Kreisen, deren Erbfeind die Republik ist, unterirdische Beziehungen zu den Reichswehrbehörden und Reichswehrorganisationen gesucht und gefunden werden, dann ist die Gefahr der Gefahr nicht zu verkennen, die daraus entsteht. Den Wehrkreisen ihr schlimmstes Handwerk außerordentlich erleichtert durch die Reorganisationsarbeiten in Deutschland. (Sehr wahr!) Der Reichswehrminister Geßler ist eine durchaus schwerwiegende Erscheinung. (Lebh. Zustimmung.) Höchstens mit der schwarzen Soldatenkappe in der Hand. (Beif.) Der Reichswehrminister Geßler muß mit einem Offizier befreit werden, der sich bisher als durchaus republikanisch erwiesen hat. Wenn sich einer Umwandlung der Reichswehr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, dann besser überhaupt keine Reichswehr als diese. (Stürm. Zustimmung.) Aber daß es möglich ist, eine republikanisch-zuverlässige Truppe zu schaffen, hat ja Deiterich bewiesen. Treffen wir unsere Vorbeurteilungen, ehe es zu spät ist. (Lebh. Beif.)

den Rücken stärken will, so sind wir damit einverstanden. Was die Behandlung der kulturellen Fragen im Reichstag betrifft, so gibt es keinen in der Fraktion, der davon bescheid hätte. Aber die Dinge liegen in Deutschland so, daß wir infolge der schwierigen finanziellen Lage auf kulturellem Gebiete nicht immer das durchsetzen konnten, was wir durchsetzen wollten, und daß uns die großen außenpolitischen Fragen und die Frage der Regierungsbildung auf die Nase kommen. Nach dem Wähler Parteitag haben wir bei den Verhandlungen, die wir über die Regierungsbildung führen, die Forderung der Erfassung der Sachverhalte in den Vordergrund gestellt. Demnach haben alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie diese Politik nicht mitmachen werden, wenn nicht die Reparationskassen erleichtert werden. Wir haben gar keine Vorkämpfer zu verteidigen. Wir haben uns immer für das Prinzip des Völkerbundes ausgesprochen, allerdings immer mit dem Gedanken, daß der Völkerbund ein wirklicher Völkerbund ist. Wir sind selbstverständlich auch bereit, in den Völkerbund einzutreten und für den Eintritt Deutschlands zu wirken. Wir wollen uns aber auch hier nicht darüber täuschen, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille Frankreichs entgegensteht. Nur, wenn wir die volle Gleichberechtigung im Völkerbund durchsetzen, sind wir in der Lage, im Völkerbund für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse zu wirken.

Wenn ich aber daran denke, mit welcher Leichtigkeit immer von uns verlangt wurde, unsere Stellung in der Regierung aufzugeben, so muß ich sagen, daß wir mit dieser Politik erleben würden, daß an Stelle des wirtschaftlichen Stinnes-Absommens ein politisches treten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wendel hat gewünscht, daß wir eine aktivere Politik machen und meine, daß diese aktivere Politik nach der Einigung kommen müsse. Aber auch wenn wir vereinigt sind, werden noch lange nicht alle Hindernisse überwunden sein. (Sehr richtig!) Dafür nur zwei Beispiele: Den Kampf um die Getreidemasse haben wir in langwierigen Verhandlungen Schuler an Schuler mit den Unabhängigen, den Kampf um die Schutzgesetz der Republik haben wir ebenfalls Schuler an Schuler mit den Unabhängigen geführt, und auch da haben wir gesehen, daß unsere Macht in gewissen tatsächlichen Verhältnissen ihre Grenzen hat. Es wurde gesagt, daß wir die Hemmnisse etwas zu früh lösen. Das ist nicht so, aber die Hemmnisse stellen sich von selbst ein. Und wir müssen dann sehen, bis zu welchem Grade wir sie überwinden können. Der Kampf um den Abbruch des Steuerkompromisses war eines der unangenehmsten Kämpfe, für die, die ihn mitgemacht haben. Ich glaube nicht, daß wir mehr hätten erreichen können, als wir erreicht haben. Welche anderen Wege hätten wir geben sollen? Wenn wir immer denen gefolgt wären, die rasche Kritik geübt haben, hätten wir sehr oft den Austritt aus der Regierung vorsehen müssen. Das würde dann zum Alibiinstrument für politische Schwereigkeiten werden. (Sehr richtig.) Aber damit wäre der Arbeiterklasse nicht gebient. (Sehr richtig.) Wir brauchen eine ge-

weise Stellung in der Politik. (Sehr richtig.) Wenn wir dauernd aus der Regierung herausgingen und eine Oppositionspolitiker machten, so würde das vielleicht bei den Massen hier und da Anklang, aber das wäre eine Politik, die der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Kapital zugute kommen würde. Die Partei kann nicht auf die Dauer das Schicksal der Republik der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum überlassen, die von den Deutschnationalen gestützt werden müssen, wenn sie die Mehrheit erhalten wollen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Simon schließt um 1 Uhr die Vormittags-Sitzung.

Nachmittags-Sitzung

Vorsitzender Weis eröffnet die Verhandlungen nachmittags kurz nach 3 Uhr. Die Diskussion über den Bericht der Reichstagsfraktion wird fortgesetzt.

Schäfer-Saarbrücken: Das Saargebiet bildet nach dem Ausschneiden Oberlotharingens die wichtigste territoriale Frage Deutschlands. Es wird verhandelt, daß Vertreter der Parteien, Gewerkschaften und auch Wissenschaftler nach dem Saargebiet kommen, um dort zur Bevölkerung zu sprechen. Es ist nicht wahr, was Wolford gesagt hat, daß im Saargebiet eine Freibräutigam-Gebilde wird. Wir wehren uns aber gegen die Unterdrückung, die es uns verleiht wird. Wir wollen das Saargebiet für Deutschland retten und wollen es deutsch und heftigst sozialistisch zurückgeben. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Erstein-Breslau: Wir kämpfen weder gegen die Offiziere noch gegen die Unteroffiziere noch gegen die Soldaten der Reichswehr, sondern gegen den Reichswehrgeist. Die Grenatieren und Unteroffiziere verübt, die darin ihre Lehrmeister, die Offiziere übertrieben haben. Zur Niederhaltung von Unruhen und Angriffen auf die verfassungsmäßigen Zustände ist die Reichswehr nicht zu gebrauchen. — Stellung in der Politik ist gut, sie darf aber nicht dazu führen, daß wir uns von den Sozialistpartei alles gefallen lassen und unsere Politik schließ- lich eine Politik der Arbeiterfeindschaft wird.

Delene Weisberg-Würzburg: Leider haben wir immer noch kein Gesetz für die Hausangehörigen. Der Reichswehrminister arbeitet zumgunsten der Arbeiterschaft, besonders in der Hausangehörigenfrage.

Reichs-Weisau: Leider verstehen die Massen nicht die Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik.

Dr. Leber-Lübeck: Es herrscht in der deutschen Presse eine merkwürdige Verwirrung darüber, was die französische Politik eigentlich will. Aber in Frankreich herrscht darüber die gleiche Unklarheit. — Zwei Ziele haben die Franzosen: die deutsche Wirtschaft so lange niederzuhalten, bis Frankreich ebenbürtig ist.

Dommann Müller (Partei-Vorstand): Im Antrag 827 wird verlangt, daß der Reichswehrminister Geheer schnellstens durch einen inkraftigen Republikaner zu ersetzen ist. Wir haben im Reichstag den Antrag angenommen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die alle Fälle, die die Reichswehr und Marine betreffen, untersuchen soll. Auf Antrag unseres eigenen Mitgliedes dieser Kommission ist die Tätigkeit dieser Kommission dahin erweitert worden, daß sie auch Fälle prüft, die noch nicht parlamentarisch behandelt wurden. Ich halte es für unmöglich, die Entfremdung Geheers zu verlangen, so lange diese Verhandlungen nicht stattgefunden haben.

Vogel-Nürnberg (Schlußwort): Die Kritik, die an der Prozedur geübt wurde, war nicht mehr der Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, die wir in Deutschland haben. Jeder von uns hat das Gefühl, in Besprechungen ebenso radikal zu werden, wie irgend ein anderer. Uns liegt aber daran, Klarheit über die Schwierigkeiten zu schaffen, mit denen wir in Deutschland zu rechnen haben. Dazu besteht besondere Veranlassung im Hinblick auf den außerordentlich schweren Winter, der uns bevorsteht. Bei der Kritik an der Prozedur wurde vielfach vergessen, daß wir in der Minderheit im Reichstag sind. Aber selbst wenn wir die Mehrheit hätten, hätten wir mit unannehmen Denkmungen zu rechnen, die auf den Krieg und seine Folgeredaktionen zurückzuführen sind. Bei einer Kritik der Reichswehr dürfen wir nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft selbst sehr hart vertreten ist. (Sehr wahr!) Wenn sich wirklich ein Arbeiter gefunden hat, der in die Reichswehr hineingegangen ist, dann wurde er als Bluthund, als Arbeiterverräter bezeichnet. (Sehr gut!) Die Arbeiter, die in die Einwohnerverschmelzung hineingegangen sind, wurden in ihrem Arbeitsverhältnis boykottiert. Wir haben ja direkt dafür gesorgt, daß Bauernsöhne und indifferente Menschen in die Reichswehr hineingelassen sind. Die Beziehung des Postens des Reichswehrministers ist natürlich in hohem Maße auch eine Personenfrage, aber die die Fraktion in einer Unzahl von Sitzungen gesprochen hat. Es ist bis zu einem gewissen Grade nicht verwunderlich, wenn sich die monarchistischen Offiziere nicht von heute auf morgen umgestellt haben. In der französischen Republik gibt es noch heute monarchistische Offiziere, und Frankreich hat die dritte Republik. Wir werden allerdings alles daran setzen, daß bei uns die erste Republik erhalten

bleibt. Der Fraktion ist es im übrigen nur erwünscht, wenn möglichst viel Anregungen an sie herankommen.

In der nunmehr folgenden Abstimmung wird zuerst der Antrag des Parteivorstandes gegen den Lebensmittelpreisanstieg angenommen.

Die Entschließung hat diesen Wortlaut:

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angehörigen, Beamten und weiterer Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Entwertung der Mark im wesentlichen durch das rückwärtsste Verhalten der Entente hervorgerufen wurde, so darf nicht übersehen werden, daß die hieraus resultierenden Lebensstände sich durch Treiberien an der Börse und dem Warenmarkt verschlimmerten.

Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift, insbesondere muß eingeschritten werden gegen Geschäftsabstufungen, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erwungen werden.

Es muß Sorge getroffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird.

Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen.

Die Regierung muß gegenüber der Freipolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben.

Zur Sicherung unserer Lebensmittellieferung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist rellös abzulefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die Minderbemittelten abgegeben werden kann.
2. Verbot gewerksmäßiger Verteilung und Festhalten von Ankauf und Ankaufsvoren.
3. Erhöhung der Ausnahmsquote des Brotgetreides auf 90 Prozent.
4. Begünstigung der Rückkäufe von Lieferverträgen für Kartellen. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabstufungen nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen.
5. Der Bauer aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, welche außer verarbeiten, sind auf den Bezug vom Ausland zu verweisen. Zur Sicherung der Kontrolle darf der Inlandszucker nicht gekauft werden, der Auslandszucker dagegen ist nur gekauft hereinzulassen.
6. Soweit die Preissteigerung es gestattet, ist die Einfuhr von Getreidefleisch zu begünstigen.
7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke notwendigen Milchmengen, wenn nicht anders zu erreichen, durch Verbot der Herstellung von Butter.
8. Bier darf nur bis zu einem Stammwürzgehalt von 8 Proz. hergestellt werden.
9. Die Herstellung von Spiritus ist in diesem Jahre nur für tech nische Zwecke zuzulassen.
10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Schan- kstätten, die Trinkbranntwein auskochen.
11. Strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung, sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Emsigkeitsbegeisterung alle Forderungen zur Durchführung bringe.

Zur Frage der Republikanisierung der Reichswehr wurde beschlossen:

1. Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie der Republikanisierung der Reichswehr die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden wird. Der im Dienst der bewaffneten Macht stehende Staatsbürger muß zum verantwortungsbewußten Glied des Volkes erzogen werden, das zur äußersten Ein- gabe für den Schutz der Republik bereit ist. Die Wehrmacht der Republik darf keine Gefahr für den inneren und äußeren Frieden bedeuten und muß so ausgestaltet sein, daß zwischen ihr und den republikanischen gesinneten Volksmassen ein Verhält- nis vollkommenen Vertrauens möglich wird.

2. Die Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Ver- hältnisse zwingt zur schärfsten Beobachtung der Reichswehr, die nach wie vor ein Fremdkörper in der Republik ist. Die Reichs- tagsfraktion hat mitbin nach Einigung der sozialistischen Par- teien unverzüglich darauf zu bringen, daß die immer wieder geschehene Umwandlung der Reichswehr in eine republikanisch zuverlässige Truppe durchgeführt wird.

Weiter wurden Anträge angenommen gegen die reaktionä- ren Umtriebe in Bayern, ferner ein Verbot der schwarzen- weiten Färbung und die Einführung der Reichstagsfrage als Fingerg der Reichswehr sowie der Kriegs- und Handelsabstufung. Zur Frage der Steuerung der Wohnungsmietpreise der Par- teitag die Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiederzusam- mentritt des Reichstags von der Reichsregierung die schleunige

Verlage eines Programms für die Finanzierung des Woh- nungsbaus. Weiter fordert der Parteitag die Reichstagsfrak- tion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozial- politischen Gesetze, die die Leistung für die Kriegsoffer, die Opfer der Armut, die Kranken usw. regeln, schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. — Ein- stimmig angenommen wurde ein Antrag des Parteivorstandes, betreffend den Schutz der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Abfindung der Fürstendhäuser. — Ange- nommen werden noch Anträge, die die Einführung des 1. Mai, des 11. August, des 9. September als gesetzliche Feiertage for- dern und die Aufhebung der Bau- und Bettage verlangen. In einem weiteren Beschluß erklärt der Parteitag, daß er die So- zialisierung des gesamten Verkehrs für eine Lebensfrage des wirtschaftlichen Seins der deutschen Republik hält und appelliert an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, alle Kräfte politisch aufzumensetzen, um diese dringliche Lebensfrage baldigst zu lösen. Für Oberlotharingen wird schnellste Hilfe verlangt und die Fraktion beauftragt, die Regierung zu veranlassen, daß an- reichende Mittel zur Umänderung der Mark der oberlotharingen Flüchtlinge bereit gestellt werden. Einmütig angenommen werden schließlich noch Anträge, gegen den Maßstabwucher, gegen die unglückseligen Besatzungsbehörden und gegen die Sachleistungen aus dem Friedensvertrage, die das wirtschaftliche Können Deutschlands weit übersteigen. Der Antrag Löbe, der an die Reichsregierung das dringende Ersuchen richtet, den Eintritt des deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald ihm damit eine der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert ist, gelangt einstimmig zur An- nahme.

Eine große Reihe von Anträgen wird der Fraktion als Ma- terial überwiesen, so u. a. Anträge, die ein Eingreifen zur Lin- derung der Not der Zeitungen verlangen, die eine umfassende Nachprüfung des Reichstagswahlgesetzes wünschen, die die Ent- scheidung der bestehenden Standesbeschränkungen zugunsten der Ge- meinden verlangen, ferner Anträge bezüglich Beseitigung der Kon- sumvereine von der Umlocher, Krisisfallenvermeidung, Nach- hochverträge, Impfen, Schaffung eines wirksamen Kriegs- grundbesitzgesetzes, Steuerfreiheit des Existenzminimums und Bewilligung von Sondermitteln zugunsten der Kriegswaisen und der Kinder Kriegesbeschädigter.

Abgelehnt wurden Anträge, die die grundsätzliche Verneinung jeder Koalition mit der Deutschen Volkspartei verlangen, die die Offenlegung sämtlicher Steuererklärungen wünschen, die Kriegs- einbalden und Unfallrenten, die das Kaufverbot betreffen, von der Umlocher befreit werden und die gesetzgeberische Maß- nahmen gegen Personen- und Kraftfahrzeugverkehr fordern. Ein Antrag, der verlangt, die Partei solle mehr den Anschlag nach links ziehen, wird als durch die Tatsachen überholt bezeichnet.

Darauf verlag der Vorsitzende Weis die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Badische Politik

Der „Badische Beobachter“

wird mit jedem weiteren Tage amübler für seine Gegner, aber beileibe nicht für seine eigenen Parteigenossen. Der „B. B.“ weiß, daß man seinen journalistischen Ruf nicht durch die So- zialdemokratie in Zentrumskreisen nicht als ein staatsmännliche Leistung bewußt, und der „B. B.“ weiß ferner, was auch an- dere Leute wissen, daß man, wiederum in Zentrumskreisen, von der Form und dem Inhalt der Polemik, die der „B. B.“ gegen den „Vollstrecker“ in der letzten Zeit führt, nicht übermäßig ent- zückt ist. So streng sich nun der „B. B.“ außerordentlich an, um vielleicht doch noch sich eine bessere Note zu verdienen. Dabei ist der „B. B.“ gestern auf den besonders genialen Einfall gekom- men, den leitenden Redakteur des „Vollstrecker“ wie folgt an- zurempeln:

„Man weiß doch nachgerade, was kein „Vollstrecker“ das Messer der Unschicklichkeit ausmacht, die zwar mit Stolz und ge- wöhnlichem Selbstbewußtsein ein M. d. R. und einen militäri- schen Grad (selbstredend von Revolutionsgraden!) im Wappen führt, sich aber immer mehr, daß sie das nachschickende schärfste Messer nicht mehr los wird! Genug davon, denn wir müßten sonst dem in der Beobachter-Polemik häufig veraußgabten „Voll- strecker“ noch einen besonderen Kommentar an die Hand geben!“

Nichtig und wahrhaftig! Diesmal hat der „B. B.“ in der Tat eine Wahrheit ausgesprochen. Ohne die Revolution hätte es der „Vollstrecker“-Polemiker niemals zum Militärwürden- neur gebracht. Und wenn die braven republikanischen Per- sönlichkeiten in der Adressstraße in diesem „militärischen Grad“ von

PUTZT EURE OFEN NUR MIT ENAMELINE

Hinter Pflug und Schraubstock

Stimmen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

Von Max Gyth

(Fortsetzung)

Ein ungewöhnlich lautes Gelächter am Rande des Hügels unterbrach das Plaus. Wir wandten uns alle mit der Entrüstung die in einem solchen Falle höchste Höflichkeit gebietet, nach der Seite, von der der Lärm kam. Die sechs Leibnamelnden zogen lächelnd ein bides Mäntchen über die Krante des Hügels, unter dem die Scherben prasselnd in die Tiefe rollten. Der Kleine war bläulich vor Anstrengung und Schrecken, sein Turban sah schief auf seinem lobten Kopf. Er erhob sich, kränenden Auges, mit Schmutz und Staub bedeckt. Es war mein Freund, der Kasir von Terranis. Am Fuß des Hügels stand sein Esel und suchte sich schon, frech, wie Fellschafel sind, mit El Dogan zu unterhalten, während sein Herr bei der gefährlichen Besteigung des Sada in seinem Heberseifer fast verunglückt wäre.

Musa el Kasiri hieß der Wackerer, und da er an den Um- gang mit Beinen weniger gewöhnt war als wir, wäre er beim Anblick Dolims zum zweitenmal beinahe in den Schaub gesunken. Er verneigte sich aufs tiefste, berührte mit der Hand die Erde und dann seine Stirne und berückte den Saum von Dolim Ba- chas Kopf zu küssen, was dieser jedoch mit einer atzwehenden Bewegung verhinderte.

„Nicht hier, ich bin freundlich, ich kenne dich! Du bist der Kasir von Terranis, was bringst du mir Schönes?“

„Ich bitte dich um Vergebung, daß ich dir gute Nachrich- ten nicht geben kann, o Effendi!“ sagte Musa. „Doch es deinen Diener nicht entgelten. Ich komme, um den Wajschmabandi zu holen. Die Domb-Glocke klagt schwer auf Terranis, o Kasir!“

„Nun, was ist es?“ fragte Dolim, mein guter Mann!“

„Sprich ohne Umschweife, mein guter Mann!“

„Die Reibleder verdrücken und die große Maschine pumple nichts. Ein Fisch war in die umgekehrte Schüssel geraten, die tipp- lapp macht, wenn die Pumpe zuweilen ist. Dort blieb er stecken;

der Wajschmabandi weiß es, und Gott wolle es so. Mit dem Wasser aber war es völlig aus, und der Mechaniker Jusuf wollte nichts antworten, solange du, o Wajschmabandi, nicht dabei siehst. Nun, gekleidet abend war unsre Not aufs höchste gestiegen. Ich sah, daß der Reis stark — dreitausend Faddan! — Da dachte ich: in der heiligen Nacht des Ruf mit Schauban wird uns der All- barmherzige beistehen — und bedrohte Jusuf und redete ihm freundlich zu, bis er versprach, den Fisch aus der Schüssel her- auszubolen. Jetzt ist er auch drin!“

„Was — wer?“ rief ich erschrocken.

„Jusuf“, sagte der Kasir halb weinend. „Er ging hinter- wirts genug; er war ein braver Moslim und glaubte an den Propheten und das jüngste Gericht. Auch hatte ich fünf Fellschaf- ten an den Strick gehängt. Die Schüssel in die Höhe zogen, wie du es uns gelehrt hattest. Aber die Fellschaf, die Herde von Schwei- nen, ließen los und fielen zu Boden und lachten und zappelten, gerade wie wenn ein Afcrit in sie gefahren wäre. Drunken im Schacht aber — unter der Schüssel — bei dem Fisch —“

Der gute Mann haule.

„Ist er tot?“ fragte ich bewegt, obgleich ich wußte, was die Antwort sein mußte.

„Das ist mein einziger Trost“, sagte der Kasir, seine Tränen mit dem Rücken seiner Hände trocknend. „Es war mein eigener Schwiegersohn und ein frommer Moslim. Aber es geschah nach dem Willen des Allahs, heute nacht um die fünfte Stunde. Schon seit zehn Stunden ist er im Paradies.“

„Um die fünfte Nachstunde!“ brach der Rameled Achmed los, nach Luft schnappend: „Was war die Stunde, in der El Dogan den Kirbis fraß!“

„Um die fünfte Stunde“, sagte Rames dicker, sich abwen- dend; „das war um die Zeit, als der Rascha mir den Panhofel an den Kopf warf. Ich war selbst nicht weit vom Paradies zu jener Stunde.“

Wir schwiegen alle. Das heiße, grelle Sonnenlicht des her- anziehenden Mittags leuchtete ringsumher, von einem Ende des Himmels zum andern. Die ganze Welt lag vor uns schattenlos, in glühender Tageshelle. Und doch zog etwas wie eine unheim- liche, düstere Wolfe über uns weg, deren fellebenden Schatten wir fühlten, ich so gut wie der zitternde Kasir, Dolim so deutlich als seine überglühenden Namelnden.

Dolim sprach endlich. Er war wieder der Mann des Tages und der Tat.

„Reiten Sie mit dem Kasir sofort zurück nach Terranis“, sagte er zu mir; „sehen Sie dem Manne die Pumpe in Geme- nung; er übersehrt mich und sonst mit seinen Tränen. Dann kommen Sie nach Schaba; dort werden wir sehen, was sich ma- chen läßt. Ich habe mittlerweile meinen Keffen besacht. Bang in der Tasche hat auch der Wajschfing noch nicht. El Dogan lebt wieder!“

In einer Stunde war ich reisefertig. Während ich mich den Dolim Rascha verabschiedete, sagte er leichthin:

„Propos — Names hat Ihnen gestern nacht eine Masse dummes Zeug vorgelesen. Sie wissen, in der Nacht des Ruf mit Schauban erzählen wir uns Sachen, aus denen die Schaar ihre Märchen machen. Mehr brauchen Sie sich nicht daraus zu machen. Au revoir, mon cher!“

Er Lachte etwas gezwungen, wie mir schien, und machte ein Gesicht, aus dem kein Mensch Flug werden konnte. Ich verjuchte, schon aus Höflichkeit, das gleiche.

Es gelang.

Dann ritt ich durch das Felskage, das schon am Boden lag, gen Osten; hinter mir der Kasir auf seinem unerschöpflichen Fells- chen, mein Diener Dolim auf dem Esel, der nach auf dem Kamel, mit Bek und Gepäck. Auf dem Hügel, achtfünftigen Mitt hatte ich Zeit, mir zurückzulegen, was ich in den letzten vierundzwanzig Stunden gehört und gesehen hatte. Aber es riefte sich nicht alles entwirren. Das ist so mit den Geschichten des Orients, sonderlich, wenn sie auf so dümmeln Wäldern stehen. —

El Dogan starb im Jahre 1887, zum Glück nicht infolge mei- ner Reiskunst, denn ich bekam ihn nie wieder zu sehen. Rames der Schindler, er sei ein Gift geschoben. Es war das Jahr, in dem der Nigeltung Noman Rascha Dolims Weibungen konfiskierte und das ägyptische Erbsolgerecht zugunsten Nomanas Konfiska- tion geändert wurde. Das Nachschickliche für Kasir-Eselch ist nie auf- gestellt worden. Es liegt in seine Teile zerlegt, noch heute bei Thakia am Nilufer, im Sand begraben. Dort kann es holen, wer Lust hat; es gehört niemand mehr.

(Fortsetzung folgt.)

„Revolutionen“ etwas erblickt, worüber der „V. B.“ höchst richtig abschließend sich äußern zu können, unseren Segen dazu hat er. Nur muß uns das führende badische Zentrumblatt dabei eine kleine Frage gestatten:

Wenn verbandt wätere badische und außerbadische Zentrumsmänner (selbstredend) Minister- und Vorkämpferposten, Präsidien- und Staatsratsstellen?

Der „Volksfreund“-Kolonne ist bereit, sich seines „militärischen Grades“ von „Revolutionen“ zur Genugtuung des „V. B.“ zu schämen, wenn — nun ja, wenn sich die Parteienfreunde des „V. B.“ mitmachen, die ja auch von — „Revolutionen“ sind. Im übrigen sind wir überzeugt, daß immer mehr Zentrumleute einsehen werden, wie recht wir neulich hatten, als wir dem „V. B.“ den wirklich gut gemeinten Rat gegeben haben, er möge seinen Kolonnen in das Messer „Verwundenes und Unglücksfälle“ versetzen.

Wucher, Teuerung und Ausländer

Erteilung der Bekämpfung der Ausländer. Von Freiburg aus ist der badische Regierung nahegelegt worden, für eine weitere Ausdehnung der Ausländer-Bekämpfung einzutreten. Voraussetzung für die Erhebung der Steuer war bisher eine mindestens einmalige Heberzahlung an einem deutschen Plage gewesen. Diese Bestimmung suchen die Ausländer vorweg die aus der Schweiz, dadurch zu umgehen, daß sie in häufigen Fällen nur noch tageweise zu uns herüberkommen und abends nach ihrem ausländischen Wohnort zurückkehren. Die Anordnung geht nun dahin, eine Bestimmung zu erlassen, wonach die Steuer fällig ist, wenn sich der Ausländer auch nur tageweise an einem deutschen Plage aufhält.

Rechnungen in Franken oder Dollar werden nicht anerkannt. Die vereinigten Lebensmittelhändler von Freiburg haben in einer Versammlung einstimmig beschlossen, Fakturen (Warenberechnungen) in Auslandswährung in keinem Falle anzuerkennen. Auch soll jede Vorauszahlung strikte abgelehnt werden.

—1. Vorrat. In einer gemeinsamen Versammlung der Getreidehändler, der Angestelltenverbände, der Gewerkschaften, der Staatsanwaltschaft und Vertreter des Bezirksamts wurden Maßnahmen gegen die wachsende Teuerung besprochen. In einer angenommenen Entschließung wird die Regierung gebeten, für Vorrat als fernliegend von der Hauptproduktionsstätten, eine Verbilligung der Preisen für Mehl, Weizen und andere Bedarfsgegenstände zu erwirken. Weiter wurde eine gerechtere Verteilung und stärkere Bekämpfung des Produktionsmangels gefordert, bezüglich der Stadt Vorrat wird betont, daß sie nicht mehr in der Lage sei, ihren Aufgaben gerecht zu werden, wenn nicht finanzielle Hilfe von Staat und Reich eintreffe.

Die Aufenthaltserlaubnis in Baden. Das badische Ministerium des Innern hatte die zuständige Reichsstelle ersucht, um der Überfüllung des Landes durch Ausländer vorzubeugen, folgende Anordnung zu treffen: Die deutsche Reichsstelle (Reichsstelle) in Karlsruhe wird in Zukunft jedem Einwanderer den stempelartigen Aufdruck „persönliche Meldung binnen 24 Stunden bei der zuständigen Polizeibehörde des Aufenthaltsortes erforderlich“ beifügen. Bei der Erteilung von Einreiseerlaubnissen sind jedem Reisenden ein Merkblatt über die badischen Aufenthaltserlaubnisse auszugeben. Bei offener unrichtiger Antragsbegründung wird bei den badischen Behörden Gefährdungen eingeleitet. Diefem Erfuchen des Ministeriums hat die Reichsstelle entsprochen.

Jugend und Sport

Serienspiele der Sennerklasse, Gruppe Karlsruhe am 21. September 1922: Hagsfeld — Union; Aue — F. T. Karlsruhe; Gröningen — Arb. Spielvereinigung; Durlach — Grimsniet; Sonntag 21. Uhr. Spielermeldungen sowie Spielresultate der den Serienspielen müssen bis längstens Montag abend in meinem Briefe sein. E. Rägele, Gruppenleiter.

Aus der Partei

Auf dem Landesparteitag der badischen Unabhängigen haben sich nach dem Bericht der Mannheimer „Tribüne“ die Genossen Hermann-Karlsruhe und A. Hofmann-Mannheim gegen den Parteitagartikel des „Volksfreund“ im allgemeinen und gegen den Genossen Schöpplin im besonderen ausgesprochen. Hermann brachte es sogar fertig, den verammelten Delegierten zur Begrüßung die Unwohlheit aufzutreiben, daß „im „Volksfreund“ Herr Schöpplin der Einigung neue Knüppel zwischen die Beine werfe“. Und ganz patetisch rief in Anknüpfung an diese Leistung Genosse Hermann aus: „Wir einigen uns nicht mit Schöpplin, sondern als Sozialisten mit Sozialisten“. Und Genosse Hofmann-Mannheim, der politische Redakteur der „Tribüne“, griff ebenfalls den Genossen Schöpplin an wegen des Parteitagartikels. Mit welchem Rechte auf der Tagung der badischen Unabhängigen am „Volksfreund“ Kritik geübt worden ist wegen des Artikels am vorigen Samstag, ergibt sich aus dem Wortlaut des Artikels, den die unabhängigen Mannheimer „Tribüne“ am gleichen Samstag gebracht und den derselbe Genosse A. Hofmann geschrieben hat. Nach Betrachtungen über das Ziel, das Sozialisten erstreben müssen, heißt es:

„Diese Betrachtung übertragen auf die Einigungsfrage macht es begreiflich, wenn an die beabsichtigte Verschmelzung beider Parteien Vorbehalte geknüpft werden, die denjenigen, die mit Begeisterung vorerst nur die Einigung wollen, als Einigungsbedingung erscheinen. Nichts ist verkehrter und unbegründeter, als eine solche Vereinigenommenheit. Es kommt nicht darauf an, daß man einigt, sondern das wie ist wohl von besonderer und größerer Bedeutung. ...

„Eins möchten wir dabei sagen, nämlich wir halten es für falsch, wenn verlangt wird, daß man keinesfalls in den Gedächtnissen an die politische Vergangenheit einer Partei erinnern

Volksernährung, Alkohol, Tabak und Berufsinteressen

Die Ernährung der Volksmassen wird im kommenden Winter und Frühjahr eine noch ernstere Frage werden, als sie es bereits ist. Teuerung und Knappheit werden uns vor Kalamitäten und Aufgaben stellen, deren Erledigung und Erfüllung größte Kraftanstrengung und Aufopferung erfordern werden. Wer diese Tatsache erkennt, hat die verdamnte Pflicht, alles zu tun, die Gefahren zu mildern. Diese Pflicht trifft in erster Linie die Regierungen, die Behörden, die Parlamente und auch die Presse. Die Erfüllung dieser Pflicht führt unvermeidlich zu Differenzen und Konflikten. Das darf aber kein Hindernisgrund sein.

Die inländische Getreideernte ist in diesem Jahre nicht gut. Wir müssen, soll nicht die Brot- und Mehlversorgung aufs ernsteste gefährdet werden, große Mengen im Auslande kaufen. Wozu die Mittel nur unter Schwierigkeiten aufzubringen sind. Unsere Geldentwertung hat zur Folge, daß wir im Auslande nur zu Höchstpreisen kaufen können. Also muß im Inlande gleichsam mit jedem Korn gespart werden, das zu Ernährungszwecken dienlich ist. Und so ist es verständlich, daß der Ruf immer dringlicher und energischer wird, die Alkoholverzehrung einzuschränken. Dabei kommt ja nicht nur Getreide, sondern es kommen auch bedeutende Mengen von Kartoffeln, Obst und Zucker in Betracht. Brot, Mehl, Obst und Zucker sind lebensnotwendig, der Alkohol, gleichviel in welcher Art, ist nicht lebensnotwendig. Wir reden der Abstinenz nicht das Wort und setzen in möglichem Alkoholgenuss keineswegs die Gefahren, die andere auch schon darin erblicken, und wir würden es gern sehen, wenn den Menschen, die Alkohol genießen wollen, auch ihr Glas Bier oder Wein stets zur Verfügung stehen würde, aber, wenn die Ernährung gefährdet ist, dann muß endlich die Frage erwogen werden, ob mit dieser Tatsache die umfangreiche Verwendung von Getreide, Obst, Zucker und Kartoffeln zur Alkoholverzehrung vereinbar ist.

Die Fragestellung erhebt sich geradezu gebieterisch und weber die Regierungen noch die Parlamente werden sich der Stellungnahme entziehen können. Nennlich steht es mit dem Tabak, dessen Genuß wir ohne zwingende Veranlassung niemanden mißgönnen oder rauben wollen. Jetzt jedoch muß die Ernährung gesichert werden, dann erst läßt sich über die Genussmittel reden. Nun hat die Fragestellung der eventuellen Einschränkung des Bierbrauens wie der Schnapsproduktion lebhaft Opposition in den beteiligten Berufskreisen hervorgerufen. Weil wir ebenfalls das untreulich vorhandene Mißverhältnis zwischen unserer Ernährungslage und der Verwendung von Getreide, Kartoffeln, Obst und Zucker zur Alkoholverzehrung pflichtgemäß

hingewiesen haben, sind uns lebhaft Proteste aus den Kreisen des B. der Brauereiarbeiter zugegangen. Wir haben selbstverständlich volles Verständnis für die Sorge dieser Arbeiterschaft um ihre Existenz. Auch aus Betrieben, wo Schnaps hergestellt wird, sind uns schon Proteste gegen eine etwaige Einschränkung zugegangen und die Tabakarbeiter haben dieser Tage in einer Konferenz in Bremen sich aufs schärfste gegen das Einfuhrverbot fremder Tabake ausgesprochen. Trotzdem sagen wir: erlaubt eine genaue Prüfung, daß die Herstellung von Alkohol in jeder Form mit der Sicherung der Ernährung im Widerspruch steht, muß sie mindestens eingeschränkt werden. Zuerst kommt das Volksganze und dann erst die Interessen der einzelnen Teile. Was für jedem Sozialisten ohne weiteres eine Selbstverständlichkeit sein muß.

Wir müssen aber im Interesse des Volksganzes einzelne Berufszweige in ihrer Existenz gefährdet werden, dann hat die Allgemeinheit auch die Pflicht, auf irgend eine Weise, die den Zweck erfüllt, die Betroffenen schadlos zu halten.

Wenn man uns aus Brauereiarbeiterkreisen mit dem Austritt aus der Partei und mit der Abstellung des Arbeiterblattes droht, wenn wir weiter die Frage der eventuellen Einschränkung der Alkoholverzehrung erörtern, so sei ganz offen herausgesagt: solche Drohungen können uns nicht vom pflichtgemäßen Handeln abhalten. Das Arbeiterblatt und die Partei haben den Interessen des gesamten Volkes und denen der gesamten Arbeiterschaft zu dienen. Das ist unsere Pflicht. Sicherlich haben sich Brauereiarbeiter auch schon in diesen schweren Zeiten über den wohntunigen Luxus aufgeregt, der vielfach getrieben wird. Mit Recht fordern wir die Einschränkung, wenn möglich sogar völlige Unterbindung des Luxus. Aber auch bei der Herstellung von Luxusgegenständen sind Arbeiter beschäftigt. Soll man es deshalb nichts gegen den Luxus unternehmen dürfen? Der Militarismus hat Zehntausende von Arbeiter beschäftigt. Wollen Arbeiter ihm deshalb das Wort reden? Haben nicht auch die Arbeiter in der Alkoholverzehrung die Befreiung des Nützlichkeitswesens gefordert? Die Durchführung schließt naturgemäß vorübergehend ganze Arbeiterkategorien. Essenmangel haben wir gesehen, daß gerade in den Städten, wo die Nahrungsmittelindustrie am stärksten einst vortreten war, die Arbeiter politisch mit am radikalsten waren und lebhaft den Kampf für die Abstellung geführt haben. Weil sie eben sozialistisch dachten und wussten, daß die Interessen des Volkes und der Arbeiter überhaupt den Interessen einzelner oder auch einzelner Schichten und Berufsstände voranzutreiben müssen. Genau so steht es mit der Frage der Alkoholverzehrung und der Einfuhr des Tabaks. Worauf hinzuweisen unsere Pflicht ist.

Was an einem Tag in Berlin passiert

Einen Berliner Blatt entnehmen wir folgende Vorkommnisse eines einzigen Tages:

Ein hingerichteter Raubüberfall. Am Freitag wurde der 15 Jahre alte Kaufmann Josef Beck auf der Treppe zu den Büroräumen eines Großhandelsgeschäftes hilflos aufgefunden. Er war über zugerichtet und hatte sogleich Pfeffer in den Augen, daß er nicht sehen konnte. Er mußte in eine Krankenkasse gebracht werden, wo es nur mit Mühe gelang, den Pfeffer aus seinen Augen zu entfernen und ihm das Augenlicht zu erhalten. Der Überfall gab an, daß er von einem unbekanntem Mann überfallen und daß dieser ihm 20000 M. teig er von dem Hauptgeschäft geholt hatte, gerannt hätte. Bei seiner Vernehmung durch das Hauptgericht verweigerte er sich jedoch bei der Darstellung des Überfalles so in Widerspruch, daß bald der Verdacht aufstieg, daß es bei dem „Überfall“ nicht mit rechten Dingen zugegangen war. Die Ermittlungen nach dieser Richtung führten denn auch bald zu der Feststellung, daß ein gewisser Karl Kants aus der Gipsstraße, der von dem überfallenen Kaufmann und dessen Bruder, der in dem gleichen Geschäft als Gärtner tätig war, redigierter Raub er ist. Dieser hatte den Raubüberfall, als er mit dem Gelde das Haus betrat, verabschiedungsgemäß aufgelauert, das Geld in Empfang genommen und ihm dann sogleich Pfeffer in die Augen gestreut. Sein Spießgeselle brachte das Geld nach seiner Wohnung in der Gipsstraße, um es dort zu verbergen. In einem Kellerloch hatte er es unter einem Kuhmisthaufen vergraben. Da er aber dabei beobachtet worden war, so grübelte die Beamten nach und fanden auch noch das ganze Geld. Der Raubüberfall, der „Überfall“ und dessen Bruder wurden verhaftet.

Ein fälschlicher Briefwechsel. Ein Briefwechsel wurde in der vergangenen Nacht in einem Hotel am Potsdamer Platz benutzt. Der Täter fletzte in der Nacht gegen 1/2 Uhr an der Straßentafel bis zum Balkon im ersten Stock empor und ließ durch eine offene stehende Tür in ein Hotelzimmer ein, in dem zwei Wienerinnen schliefen. Eine dieser Damen wurde durch das Geräusch plötzlich wach und jetzt sah sie, wie ein fremder Mann die Handtasche, welche 13000 M. bares Geld und Schmuckgegenstände im Werte von 3 Millionen Mark enthielt, von dem neben ihrem Bette stehenden Nachtschrank wegnahm. Als der Raub bemerkte, daß die Dame wach geworden war, zog er einen Revolver, schlug diesen auf die erschrockene Dame an und ging dann rückwärts mit der wertvollen Beute nach dem Balkontenfenster, um wieder auf demselben Wege zu verschwinden, auf dem er gekommen war. Ehe die Beute sich noch von ihrem Schreien erholen konnte, war er bereits spurlos verschwunden.

Karlsruher Wohnungsmarkt

mit amtlicher Vordringlichkeitsliste und Wohnungsanzeigen — neueste Ausgabe — erschienen. Einzelnummer Nr. 3. —

Geschäftsstelle des „Volksfreund“.



Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER: MENKEL & CO., DUSSELDORF.

Die Vorschlagsberatung des Karlsruher Bürgerausschusses

Ausklang

Karlsruhe, 20. September.

Keine Arbeit, aber dennoch gute Arbeit hat der Bürgerausschuss in den zwei Tagen der Aussprache über den Vorschlagsbeschluss geleistet. Wohl niemand hatte erwartet, daß die letzten Auseinandersetzungen vor den Wahlen in solcher Ruhe und mit solcher Sachlichkeit stattfinden würden, wie es in diesen beiden Tagen geschah. Es war früher so der Brauch, daß die letzten Vorschlagsberatungen vor Neuwahlen jeweils schon in der Festigkeit und der Stimmung des Wahlkampfes vor sich gingen, alle Parteien ließen da ihre Vorzüge in glänzendem Lichte erstrahlen, sie übertrafen sich gegenseitig im Fördern und Bewilligen; dem armen Wähler mußte es wirklich ganz bumm im Kopfe werden, welche Partei er nun wählen sollte. Unter 4-5 Tagen ging es da nicht ab, bis alle Straßen-, Laternen-, Stadtleuch- und Verkehrsbeschwerden vorgetragen und gebührend beleuchtet waren. Wie anders heute! Zuerst war es kaum möglich, die Sitzung zu beginnen, weil noch nicht die zur Beschlußfähigkeit nötige Anzahl Mitglieder anwesend waren! Man denke: So etwas ist möglich drei Monate vor den Wahlen. Dann hatte sich, wie der Oberbürgermeister am Schlusse der gestrigen Sitzung feststellte, noch niemand zum Wort gemeldet! Das war allerdings leicht zu verstehen: Nach der Vereinbarung zwischen den Parteien sollte nur je ein Redner jeder Fraktion sprechen und es ist gerechtfertigt, daß keine Partei den Anfang machen wollte bei der Aussprache, dann keine Möglichkeit zu haben, sich zu verteidigen, wenn die nachfolgenden Redner etwa Angriffe unternahmen sollten. Die Redner folgten aber dann einander nach der Stärke der Fraktionen, die beste Lösung der Angelegenheit.

Es darf dieses Mal den Rednern aller Parteien das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie mit Ruhe und Sachlichkeit die Lösung ihrer Aufgaben vornahmen. Die bürgerlichen Redner verloren sich zwar gerne in Einzelheiten, Weißheißigkeiten und Kleinlichkeiten, man vermisse bei ihnen offensichtlich die Behandlung der Gemeindefragen von einem bestimmten Parteiprogramm aus. Sie dokumentierten eben dadurch, daß das Bürgerium hilflos den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Problemen gegenübersteht. Mit Quacksilberreden, Raffaltmitteln, Sparen, sparen, sparen war diesmal ihr Schlagwort — wollen sie der Not und dem Elend beikommen; natürlich ein vergebliches Beginnen. Der Redner unserer Partei, Gen. Prull, zeigte den Herrschaften von dem Boden eines sozialistischen Parteiprogramms aus die Fülle von Wegen, die begangen werden können, um das Gemeinwesen durch die Not der Zeit hindurchzuführen. Gen. Prull ging an die schwerigen Gemeindefragen von dem einzig richtigen Gesichtspunkte aus heran, er stellte auch die Gemeinde in den Kontext der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Geschehnisse hinein und behandelte von da aus all die vielen Angelegenheiten, die zum Aufgabenkreis der Gemeinde gehören. Wir können mit Genugtuung verzeichnen, daß das Haus mit einer bei keinem anderen Redner gezeigten Ruhe und Aufmerksamkeit den glänzenden Ausführungen des Genossen Prull folgte, die eine treffliche Einleitung unseres Wahlkampfes bildeten.

Nun ist auch der letzte Vorschlagsbeschluss vom alten Bürgerausschuss unter Dach und Fach gebracht. Die Sozialdemokratie hat in den unendlich zahlreichen Kommissionsberatungen, an der Auf- und Fertigstellung nach besten Kräften und bestem Gewissen mitgearbeitet. Was noch zu wünschen ist und zu erwarten übrig bleibt, hat Gen. Prull dargelegt. Nun beginnt der Wahlkampf. Unsere Partei ist gerüstet, sie tritt vor die Wähler mit dem Bewußtsein, all die 4 Jahre her stets ihre Pflicht im Dienste der Gemeinde, zum Wohle der Bürgerschaft erfüllt zu haben. Mit blankem Schilde nimmt sie deshalb den Kampf auf, ihre Parole wird wie immer und stets sein:

Sieg dem Sozialismus!

Sitzungsbericht

Um 15 Uhr eröffnet Oberbürgermeister Dr. Finter den 2. Tag der Beratungen. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 68 Mitgliedern, also knapp beschlußfähig. Das Haus tritt in die

Generalansprache

ein. Als erster Redner spricht Stadtd. Weiß von den Demokrationen. Er bezeichnet die Auffassung des Vorschlags unter den heutigen Verhältnissen als Spinnwebarbeit. Erklärt, daß es der Stadtverwaltung gelang, trotz der ungünstigen Verhältnisse die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Dafür gebührt der Stadtverwaltung voller Dank. Als sehr bedauerlich muß bezeichnet werden, daß die Unterstützung seitens Staat und Reich für die Gemeinden nicht genügend war. Den Gemeinden sollte ein selbständiges Aufschlagrecht zu der Einkommensteuer zugestanden werden. Mit den bisherigen Bewilligungen von Mitteln für Wohnungsbau sollte die Stadt nicht so weiterfahren. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Kosten für die städt. Gerichtsbarkeit Staat oder Reich übernehmen sollten. Zu den Polizeikosten müßte der Staat mehr beitragen. Ein noch größerer Sorgenfleck als die Straßenbahn scheint das Landestheater zu sein. Die Erhebung höherer Abgaben für Wein und Bier könnten für das Landestheater-Defizit sowie für die Krankenpflege Verwendung finden. Unsere Sorgen um das tägliche Brot und die Erhaltung der körperlichen Kraft des Volkes stehen uns höher als das Landestheater. Für die kommende Wirtschaftskrise müssen Notstandmaßnahmen getroffen werden. Die Gemeindesteuer von 10 M für 100 M Steuerwert gibt uns zu Bedenken Anlaß. Eine Vereinfachung der städtischen Verwaltung muß angestrebt werden. Redner schließt mit der Versicherung, daß die demokratische Fraktion zu gemeinsamer Arbeit stets bereit sei.

Für das Zentrum wurde Stadtd. Strobel als Redner bestimmt. Auch er spricht der Stadtverwaltung den Dank für ihre reue umsichtige Tätigkeit aus und betont bezüglich der Klagen über Beamte im Wohnungsamt, daß die Beamtenhaft für die Bürgerschaft da ist. Beim Sparlassenamt scheint der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ nicht vollständig durchgeführt zu sein. Auch an dem Bahnamt wurde schon herbe Kritik geübt. Die Reichseisenbahn mit ihrer Konkurrenz drückt auf die Tarifpolitik der Straßenbahn. Der Verkehrsrat bei der Straßenbahn hat nicht nur personelle Interessen zu vertreten, sondern auch sachliche. Das Wort „Parasitismus“ muß in allen städtischen Betrieben in die Tat umgesetzt werden. Bei einem Abbau von Beamtenstellen darf dies nicht nur nach unten geschehen, sondern auch so weit wie möglich nach oben. Die Aufschüsse zum Städt. Krankenhaus und Ludwig Wilhelm Krankenhaus betragen jetzt 28 Millionen Mark, also ein Zehntel der städt. Einnahmen. Daß das Krankenhaus nur hälftig belegt ist, gibt Aufschluß über das Defizit. Das Vincentius- und Diakonissenkrankenhaus arbeiten ohne Defizit. (Zuruf: Das war einmal!) Eine Wespennest im Betrieb des Pub-

lik Wilhelm-Krankenhaus ist notwendig. Redner äußert sich sodann u. a. zum Nachvertrag der Stadtbauverwaltung, die die Stadt sollte der Staat aufkommen. Die städt. Dienstwohnungen bedürfen einer Neuordnung, sie sollten nur beibehalten werden, wo der Dienst sie erfordert. Der geschätzte erredende Wertwert kommt bei den wenigsten heraus. Beim Schulwesen muß das Verteilungsgesetz geändert werden, das Landestheater weist ein zu großes Defizit auf. Zum Schluß stellt er die Zustimmung seiner Fraktion zum Vorschlagsbeschluss in Aussicht.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion legte

Genosse Stadtd. Prull

dar. Zu Beginn seiner Rede weist er auf die Schwere der Zeit hin, die zu lindern die Reparationskommission auszuweichen sei. Wir befinden uns im

Banquet der kapitalistischen und individualistischen Gesellschaftsordnung.

In die Beherufe, daß die Steuerfreiheit der Gemeinden nicht mehr vorhanden ist, können wir nicht vollumfänglich einstimmen. Das neue Einkommensteuergesetz begünstigt wir. Vorher hatten wir den Zustand, daß reiche Gemeinden niedere Aufschüsse zur Einkommensteuer hatten und Arbeitergemeinden umgekehrt hohe. Es ist richtig, der Anteil der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer ist viel zu niedrig. Das Erträgnis der Grundsteuer hat enttäuscht, es sollte viel höher sein. Eine weitere Einnahmequelle dürfte eine Erhöhung der Fremdensteuer bringen. In einem Antrag meiner Fraktion wird eine dreifache Erhöhung verlangt. Die Polizeikosten dürfen für die Gemeinden nicht erhöht, sondern müssen herabgesetzt werden. Es findet unsere Zustimmung, daß Anleihenmittel nicht zur Deduktion von Fehlbeträgen Verwendung finden dürfen. Ungewöhnliche Reparaturen lassen sich durch

Bereinsparung der Verwaltung

erreichen. In der Gehalts- und Besoldungsordnung mit den vielen Zuschlägen kennt sich bereits kein Mensch mehr aus. Die Mieten für Dienstwohnungen müssen revidiert werden. Die Arbeiter der Gemeinde muß man den staatlichen Arbeitern gleichstellen.

Dem Kommunalbetrieb

müssen unbedingt die Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke, Straßenbahn und Kleinbahnen erhalten bleiben. Leber kurz oder lang wird sich auch die Straßenbahn rentieren. Der Versuch, die Wirtschaftlichkeit durch Entlassung von Personal herbeizuführen, hatten wir für verfehlt. Wir werden jeden Versuch der städt. Betriebe unterstützen. Beim Gaswerk sollten die Gebühren monatlich erhoben werden. Es sind auch zahlreiche Wünsche vorhanden, die Bahn nach Blankenloch zu elektrifizieren und den Betrieb wieder aufzunehmen. Zur

Sozialen Fürsorge

muß gesagt werden, daß die Erwerbslosenfürsorge nicht mehr der Zeit entspricht, die Sache sind viel zu gering. Ein Erwerbsloser mit vier Kindern erhält gütigstens täglich 84 M, also ungefähr 5 Pfennige weniger. Das Arbeitsamt müßte vom Staat mehr unterstützt werden. Die allgemeine kommunale Fürsorge ist eigentlich nichts anderes wie eine Fortsetzung der Sozialgesetzgebung des Reichs, die unzulänglich ist und vom Reich größerer Unterstützung bedarf. Ein Unterschied zwischen Kleinrentner und den übrigen Bedürftigen darf nicht gemacht werden, es sind alle gleich entgegenkommend zu behandeln. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt in einem Antrag, daß die Sätze für Kinder- und Kinderheimstätten erhöht werden. In

sozialhygienischer Hinsicht

ist die Errichtung eines Gesundheitsamts ein Erfordernis. Die Beratungsstelle für Tuberkulose darf ihre Tätigkeit nicht nur auf Unteruchung einstellen. Die Bestrebungen für eine

gesunde Wohnungspolitik

finden unsere Unterstützung. Ueberaus groß ist noch die Wohnungsnot. Die Wohnungssteuer sollte auch hier eingeführt werden. Durch Neubauten wurden vielen Kleinrentnern ihre Gärten genommen, ihnen muß Ersatz gegeben werden, wie auch das Kleingärtnerwesen in jeder Hinsicht zu unterstützen ist. Wir warnen dringend im Interesse der Volksgesundheit vor einer Einstellung der Badanstalten. Zur sozialen Fürsorge gehört auch die

Ernährung der Einwohnerzahl.

Unser Antrag in dieser Beziehung verlangt auch Unterstützung seitens des Staates. Zum Preisprüfungsamt ist zu sagen, daß die Preisprüfungsämter ihre Tätigkeit nicht nur beim Kleinhandel einzuführen haben, sondern auch beim Großhandel. Beim Krankenhaus ist zu betonen, daß wenn nirgendwo Zuschüsse sich rechtfertigen lassen, so doch beim Städt. Krankenhaus. Die öffentliche Gesundheitspflege darf nicht leiden. Vor einer Verlegung des Entbindungshaus ins Städt. Krankenhaus warnen wir dringend.

Die Zustände auf dem Friedhof geben zu Klagen Anlaß. Die Friedhofverwaltung darf in der künstlerischen Ausgestaltung nicht zu engstirnig sein. Große Aufgaben stehen der Stadt auf dem Gebiete des

Bildungs- und Schulwesens

bevor. Jeder Verschlechterung des Schulwesens werden wir uns entgegenstellen. Eine Verschlechterung wäre es, wenn der konfessionelle Kampf in die Schule verlegt würde. Beim Landestheater ist es erfreulich, daß der Betriebsrat sich bemüht, alles zu tun, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Unser Genosse schloß seine vorzügliche Rede mit der Versicherung, daß die Sozialdemokratie gerne mitwirken werde, wenn es gelte, für die Allgemeinheit tätig zu sein.

Für die unabhängige Sozialdemokratie spricht Stadtd. Kreise. Im großen und ganzen schließt er sich den Ausführungen des Gen. Prull an. Er beklammert die Erhebung einer Fahrgehaltsteuer, deren Ertrag für die Instandsetzung der Straßen Verwendung finden müßte. Redner geht auf die viel gepredigten Sparmaßnahmen ein und ist auch für Sparen, aber das Sparen darf keine Not herbeiführen. Ebenfalls wäre es ungewissemäßig, wenn die Kulturaufgaben darunter leiden würden. Redner mahnt die Jugendfürsorge zu unterstützen und bemängelt, daß beim Jugendamt der psychologische Moment des Fürsorgebedürftigen zu wenig Rechnung getragen wird. Unser wirtschaftlicher Niedergang findet bei den Jugendlichen an oft seinen Niederschlag. Die Fürsorge in privaten

Häusern ist unbedingt der Zwangsverziehung vorzuziehen. In der Mietpreisregelung siehe Karlsruhe in dem Sonderbaren Raum, die höchsten prozentualen Sätze zu haben. Die Wohnungszulagen würden sicherlich große Beiträge einbringen. Redner nimmt die Beamten des Wohnungsamtes gegen die gemachten Angriffe in Schutz, beurteilt dabei Entgeltungen, soweit solche vorgekommen. Das Publikum benehmt sich oft auch nicht einmündig. Bezüglich der Klagen über den Weggang des Hofes sei zu sagen, daß die Anhebung einer einzigen Fahrt mehr Vorteil bringe, als der ganze Hof hätte bringen können. Zum Schluß besaßte sich Redner noch mit dem heutigen Elend, der Gemeindeordnung usw. und rügt, daß die kommunalistischen Ratsoberretreter nie einer Sitzung anwohnen und gibt seiner Freude über die Einigung der sozialistischen Parteien Ausdruck.

Den Reigen der Generaldebattierenden beschließt Stadtd. Weingelmann (D.M.), der jedoch recht schwer verständlich ist und u. a. die Einführung einer Hodersteuer befürwortet. Oberbürgermeister Dr. Finter dankte dem Kollegium für das Stabilitätswort und Arbeitern und Beamten dargebrachte Vertrauen. Die vorgebrachten Wünsche werden wohlwollend behandelt werden. Er bedankte seinen Dank auch auf die sachliche Behandlung, die während den Verhandlungen gepflogen wurde, aus.

Es wurden sodann noch zwei Anträge angenommen und zwar 1. den Beitrag für den Verein zur Förderung des bürgerlichen Verkehrs von 1000 M auf 10000 M zu erhöhen und 2. die im Vorschlagsbeschluss vorgesehenen 25000 M zur Errichtung des Spielplatzes zu streichen.

Der Vorschlagsbeschluss selbst fand einstimmige Annahme, wenn nachstehende Vorlagen:

Finanzielle Unterstützung der Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung im Betrage von 50 Mill. Mark, sowie Aufnahme von Anleihen, Anlage und Verwaltung der Mittel für Schulden Tilgung, Restfestlegung des Zuweisungssatzes zum Erneuerungsfonds.

Hierauf konnte der Vorsitzende nach 8 Uhr die Sitzung schließen.

Anträge der Sozialdemokr. Bürgerausschussfraktion

Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion stellt folgende Anträge, die geschäftsordnungsgemäß an den Stadtrat zur Verhandlung übergeben wurden:

1. Der Bürgerausschuss wolle beschließen, daß die Rücksätze für Kinder- und Kinderheimstätten, sowie die von den städt. Fürsorgeämtern angewendenden Bedarfsätze in jenseitiger prozentualer Erhöhung den Feuerungsverhältnissen angepaßt werden.

2. Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion beantragt, die Fremdensteuer (Hörsingsteuer) für Ausländer um das Dreifache zu erhöhen.

3. Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion beantragt die Einführung eines Familienbonus im Biersteuerwesen.

4. Der Stadtrat wird beantragt, beim Reichswehrministerium dahin zu wirken, daß die Preisdifferenz für Kartoffeln und Getreide, soweit solches im Hausboden Verwendung findet, auf 1/2 des bisherigen Satzes herabgesetzt werden.

5. In Hinblick auf die hohen Gas-, Wasser- und Strompreise beantragt die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion die einmündige Kaffierung der Rechnungen.

6. Der Stadtrat wird beantragt, bei der badischen Regierung die Übertragung eines Betriebs in Höhe von 50 Millionen Mark zum Ankauf von Lebensmitteln und Brennstoffen für die Kinderheimstätten zu beantragen.

Kleine badische Chronik

* Mannheim, 19. Sept. In einer Wirtschaftskrise wurde für sich einen fast jeharalderen Wirtschaften mit zwei Fraktionen und 17000 M Inhalt, bestehend aus fünf Kaufmannschaften und der Rest in fünf hundert Marktscheinen neuester Ausgabe gestiftet.

* Mannheim, 19. Sept. In bezug auf den Kaufmannschaft wurden zu dem hundertjährigen Jubiläum im Mannheimer Bürgergebäude von dem hiesigen Unterstadtrichter mit dem zuständigen Staatsanwalt und einem Kriminal-Obereinspektor in Mannheimer Ermittlungen gepflogen und derselbe ein weiterer Mitarbeiter verhaftet. Die Herkunft der hundertjährigen Jubiläumsgeld ist zweifelsfrei festgestellt.

* Karlsruhe, 19. Sept. Diebstahl. Ende voriger Woche wurden aus der Lederfabrik Wäldin-Gerber in der Gerberstraße vierzig größere Rollen fertigen, zum Verkauf freienten Leders gestohlen. Auch ein Fahrrad und zwei Automobillampen nahmen die Diebe mit, die außerordentlich raffiniert vorgegangen. Des Diebstahls schuldige beläuft sich auf etwa 2000 M. Die Automobillampen wurden in die Schutze, weil sie den Namen des Besitzers trugen. Auch sonst entfernten sie alle Markenschilder usw., um die Herkunft des gestohlenen Gutes zu verbergen. — Aus dem Geschäftsbereich einer Firma in der Karlsruher Straße wurden Damemenmäntel und Kleider im Werte von über 100000 M gestohlen.

* Freiburg, 19. Sept. Schachwies aus Schleswig-Holstein. Eine ausländische Händlervereinigung hat damit begonnen, Schachwies aus der Gegend von Sulz am Neckar (Schleswig-Holstein) nach Freiburg zu liefern. Die erste Sendung hat allgemein bei Freiburg, auch der hohen Fracht stellt sich der Preis in anderen, der fetthaltigen Fleisches kaum so teuer als das überdies nur schwer erhältliche Schachwies aus Oberbaden. — Die Generalversammlung des Lebensbedürfnis- und Produktionsvereins hat die von der Vorstandschaft nachgesuchte Erhöhung der Stammmittel von 200 auf 1000 M mit großer Stimmenmehrheit gutgeheißen.

* Eppingen, 20. Sept. Bahnverfallung. Am Sonntag wurde auf der neuerstellten Bahnlinie Oeffenbach-Eppingen der Verkehr eröffnet, nachdem am Samstag die Linie durch die Bahnbaupolizei Oeffenbach abgeschlossen worden war. Es wird jetzt mit dem Bau der zweiten Teilstrecke Eppingen-Ettenheim unmittelbar begonnen.

* Württemberg, 20. Sept. Aus Mangel an Brot ist hier eine Witwe, Mutter von 2 noch unehelichen Kindern, im Zustand geistiger Umarmung freiwillig aus dem Leben geschieden.

* Von der Schweizer Grenze, 20. Sept. Während bei uns Milch nur in so ungenügenden Mengen vorhanden ist, daß nur ganz kleine Kinder und Greise davon erhalten, wird aus der Schweiz berichtet, daß eine solche Propaganda zugunsten eines berühmten Milchfarmers in den Wirtschaften angestellt wird, da die schweizerischen Milchproduzenten für ihren Milchüberschuß keinen Absatz finden.

* Straßburg, 20. Sept. Die beklagte Straßburger Fruchtmehlmühle für frisches Obst. Die beklagte Straßburger Fruchtmehlmühle für frisches Obst und Korn ist infolge der Fruchtmehlmühle und auch bei Aufgabe als Straßburger Fruchtmehlmühle mit 50 v. S. foudern 40 v. S. beträgt. Die Fruchtmehlmühle bleibt unverändert.

* Karlsruhe, 20. Sept. Aufgehoben ist die Annahmepflicht für Eisen- und Fruchtmehlmühle nach Mannheim, Mannheim-Industrie- und Ludwigsbafen.

